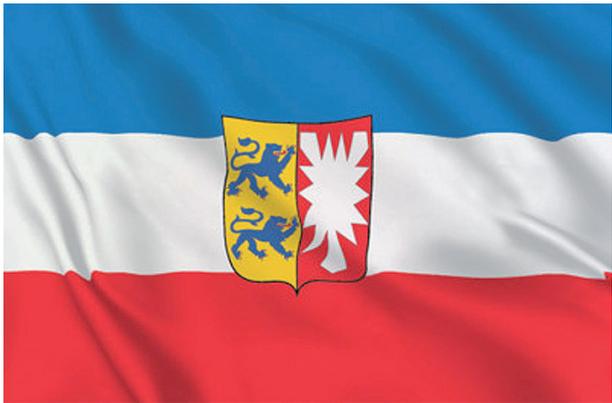


Licht und Schatten

Schwarz-grünes Bündnis verspricht viel zu viel



Schleswig-Holstein soll fünf Jahre von einem schwarz-grünen Bündnis regiert werden. Problem aus der Sicht der Steuerzahler: Versprochen wird die Einhaltung der Schuldenbremse, aber versprochen werden auch – zu viele – teure Veränderungen.

Leider fängt die neue Legislaturperiode mit einer Vermehrung der Posten an – etwa auf Staatssekretärebene. „Es werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind“, kommentiert dies Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler im nördlichsten Bundesland. Aus seiner Sicht wird durch den erheblichen Stellenzuwachs genau das falsche Signal gesetzt. Eben weil anders als in den vergangenen Jahren die Steuerquellen nicht so stark sprudeln, werden Landesmittel gebunden, die an anderer Stelle dringender gebraucht würden. Und dem Versprechen, die Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen, widerspricht das Festhalten an der viel zu komplizierten Berechnung der Grundsteuer ohne jeden Gerechtigkeitsgewinn. Falsch ist auch die viel zu umständliche Gestaltung der Eigenheimzulage und die Verpflichtung der Immobilieneigentümer zu energetischen Maßnahmen. Auch die Neuschneidungen der meisten Ressorts und große Schnittmengenprobleme bei der Landwirtschaft und im Bereich der Bildung sind Sand im Getriebe der künftigen Landesregierung.

Liest man die Koalitionsvereinbarung, dann wird zudem deutlich, dass viele Dinge versprochen werden, ohne sie konkret auch mit den Kosten darzustellen. Die Klausel, nur umzusetzen, was auch finanzierbar ist, kann nicht beruhigen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass im Zweifel die Koalitionäre gegenseitig abnicken, was dem jeweiligen Partner in den

Verhandlungen versprochen worden ist.

Dies alles, so Altmann, muss vor dem Hintergrund gesehen werden von inzwischen über 34 Milliarden Euro an Schulden. Zur Erinnerung: Schleswig-Holstein hat die zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer und die Zinsen, die die Geldinstitute fordern, steigen bekanntlich wieder an. Die Koalitionsverhandlungen sind, das soll nicht verschwiegen werden, weitgehend geräuschlos verlaufen. Aber festzuhalten bleibt auch, dass die Koalitionsvereinbarung deutlich dicker ausfällt als in Nordrhein-Westfalen. Zudem ist die Einigung in vielen Punkten nur aufgeschoben worden.

Es wäre an der Zeit, die Neuverschuldung deutlich zu senken, um für schlechtere Zeiten gerüstet zu sein. Die deutliche Zunahme der Einnahmen, wie sie die schwarz-grünen Verhandler offenkundig unterstellt haben, ist unrealistisch angesichts der welt-politischen Krisen.

Es werden die falschen Signale gesetzt, lautet das Fazit von Altmann. Der Präsident des Steuerzahlerbundes Schleswig-Holstein fordert deshalb solide Finanzen als Voraussetzung einer seriösen Politik. Die versprochene Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, so Altmann, ist nur Wortgeklingel.

Sie lesen in diesem Nord-Kurier

Rostock: BuGa endgültig gekippt

Der Vorgang ist ohne Vorbild: Die Bundesgartenschau in Rostock findet nicht statt. Die größte Stadt in Mecklenburg-Vorpommern hat quasi in letzter Minute die Notbremse gezogen, wohl auch wegen des Mangels an Gemeinsamkeit mit der Landesregierung. Ausgerechnet das teure Projekt der Warnowbrücke aber, vor dem der Steuerzahlerbund immer wieder gewarnt hat, soll trotzdem weiterverfolgt werden. Dabei gäbe es andere Projekte, bei denen das viele Geld deutlich besser investiert wäre als bei der bloßen Verkürzung eines vorhandenen Radweges. Bericht auf Seite 4

Grundsteuer: Hamburg an der Spitze

Bei der Grundsteuer belegt Hamburg im bundesweiten Vergleich einen – traurigen – Spitzenplatz. Das ist einer der Gründe dafür, warum sich immer weniger Menschen angemessenen Wohnraum leisten können. Der Senat ist deshalb aufgefordert, noch einmal nachzudenken darüber, wie es gelingen kann, das Menschenrecht auf Wohnraum umzusetzen. Bericht auf Seite 6

Grundsteuer-Hotline



Exklusiv für seine Mitglieder hat der BdSt eine zentrale Hotline eingerichtet, über die die Verbandsexperten Fragen zur aktuellen Grundsteuererklärung für das Finanzamt beantworten. Die Telefonnummer, die Servicezeiten und die Unterlagen, die Sie für einen Anruf bereithalten sollten, erfahren Sie bei Ihrem Landesverband:
Hamburg: 040 - 33 06 63
Mecklenburg-Vorp.: 0385 - 55 74 290
Schleswig-Holstein: 0431 - 99 01 650

Fraktionen im neuen Landtag langen zu

Parlament genehmigt in eigener Sache mehr Vizepräsidenten und höhere Fraktionsmittel

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat nur noch 69 statt zuvor 73 Abgeordnete – keine Überhang- und Ausgleichsmandate. Doch die Steuerzahler, die mit sinkenden Kosten rechneten, haben sich getäuscht. Die Landtagsfraktionen langen kräftig zu und verteilen die eingesparten Mittel anders.

Die neue Landtagspräsidentin Christina Herbst von der CDU hat jetzt gleich fünf Stellvertreter. Bislang waren es drei und bis 2017 reichten sogar zwei Landtagsvizepräsidenten. Doch jetzt wollen alle Fraktionen im Präsidium vertreten sein und so wählte der Landtag Eka von Kalben (Grüne), Beate Raudies (SPD), Annabell Krämer (FDP) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) zu Stellvertretern. Da wollte auch die CDU nicht zurückstehen und benannte ebenfalls mit Peter Lehnert noch einen Stellvertreter der eigenen Präsidentin. Den Gewählten steht zusätzlich zu der Diät von 8.886 Euro pro Monat noch ein Aufschlag von weiteren 1.155 Euro zu. Selbstverständlich müssen sie dafür auch Termine wahrnehmen, die von der Landtagsverwaltung vorbereitet werden, es müssen Reden für sie geschrieben werden und sie müssen vom Fahrdienst an ihre Auftrittsorte gebracht werden. Alles das führt zu zusätzlichen Kosten.

Aber auch die Fraktionen selbst genehmigen sich noch einen kräftigen Schluck



Ungeniert tätig in eigener Sache: Der Plenarsaal des Landtages in Kiel.
Foto © Landtag S-H

aus der sprichwörtlichen Pulle. Die Fraktionsmittel, das sind die Haushaltsmittel, die den Landtagsfraktionen für eigene Zwecke zur Verfügung gestellt werden, steigen von 6,9 auf 7,3 Millionen Euro im Jahr. Dabei wird der Verteilungsschlüssel so geändert, dass die Fraktionen von SPD und FDP, die bei der letzten Wahl viele Mandate verloren haben, dennoch kaum Einbußen bei den Finanzen verkraften müssen. Durch eine Anhebung der Grundbeträge für kleine Fraktion und die Beiträge je Abgeordneten bekommt die SPD (nur noch zwölf statt 21 Abgeordnete) jetzt immerhin 1,63 Millionen Euro im Jahr (zuvor 1,70 Millionen Euro). Und auch die FDP, die von neun auf fünf Mandate abgesackt ist, kann sich im-

mer noch über 950.000 Euro (zuvor 1,1 Millionen Euro) freuen. Da wollen die Wahlsieger natürlich nicht zurückstecken: Die CDU erhält einen kräftigen Zuwachs auf 2,22 von bislang 1,72 Millionen Euro. Und auch die Grünen erhalten jetzt 1,65 statt zuvor 1,23 Millionen Euro. Der SSW mit seinen vier Mandaten gehört ebenfalls zu den Gewinnern, er erhält jetzt 850.000 statt zuvor 767.000 Euro. Für die Steuerzahler bleibt völlig unverständlich, warum ein kleinerer Landtag jetzt mehr Geld braucht. Die Abgeordneten dürfen sich nicht wundern, wenn der Landtag durch ihr Verhalten nach außen wie ein Selbstbedienungsladen wirkt.

Rainer Kersten

rainer.kersten@steuerzahler.de

Erich Baum – Ein Mann mit Weitblick und Selbstironie



Am 18. Mai 2022 verstarb in Kiel unser Ehrenmitglied Erich Baum (Foto) im Alter von 96 Jahren.

Erich Baum gehörte über viele Jahre zunächst dem Vorstand und dann dem Verwaltungsrat des Landesverbandes Schleswig-Holstein an. Darüber hinaus engagierte er sich im Kreisbeirat Kiel. Der Bund der Steuerzahler hat Erich Baum viel zu verdanken. In einer für den Verband schwierigen Phase hatte er die Initiativen ergriffen, um Fehlentwicklungen zu beenden und die Arbeit neu und besser auszurichten. Von diesen Weichenstellungen profitiert der Landesverband noch heute. Sie sind die Grundlage für die erfolgreiche Arbeit in den letzten 25 Jahren.

An der Zusammenarbeit mit Erich Baum haben wir besonders schätzen gelernt, dass er es verstand, auch unangenehme Themen zur Sprache

zu bringen, ohne dabei persönlich verletzend zu wirken. Seine stets konstruktive Kritik war immer verbunden mit einer Prise Humor und feiner Selbstironie. Die zahlreichen Verbindungen, die Erich Baum in das Wirtschaftsleben der Stadt Kiel hatte, hat er gerne auch in den Dienst des Bundes der Steuerzahler gestellt. Zu Recht ist er mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

Auch über sein Ausscheiden in unseren Gremien hinaus hat er immer den Kontakt zu den Verbandsmitgliedern und der Geschäftsstelle aufrechterhalten und gepflegt. Er war gern gesehener Gast unserer Veranstaltungen. Wir haben ihm sehr viel zu verdanken und werden ihn in bester Erinnerung behalten.

Unser Kommentar

Papier ist geduldig

Ein bisschen erinnert die Situation an spielende Kinder im Sandkasten. Es werden Burgen gebaut und die Beteiligten entwickeln große Fantasie bei der Gestaltung.



Koalitionsverhandlungen sind eigentlich dafür da, das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen und sich am Ende zu einigen auf das Machbare. Fünf Jahre allerdings ist

der CDU-Ministerpräsident Daniel Günther gut gefahren damit, sich in erster Linie als Streitschlichter zu positionieren. So hat sein Jamaikabündnis die Zeit durchgestanden und der strahlende Sieger – nach Punkten – hieß am Ende Günther.

Jetzt reicht es sogar mit nur einem Partner, aber im Angesicht des Erfolges hat den Ministerpräsidenten das Gefühl dafür verlassen, dass sich die Zeiten geändert haben. Die Zinsen steigen wieder und also wird das Bundesland auch wieder die Lasten zu spüren bekommen, die von den hohen Schulden ausgehen.

Die Koalitionsvereinbarung mit den Grünen liest sich entsprechend wie aus einer anderen – besseren – Zeit. Da wird viel angekündigt und versprochen, als gäbe es die weltpolitischen Krisen und die Spätfolgen von Corona nicht. Ministerien werden maßgeschneidert ohne Rücksicht auf fachliche Erfordernisse und finanzielle Verluste, versprochen wird mehr als – absehbar – gehalten werden kann.

Fünf Jahre dauert eine Legislaturperiode – viel Zeit, um die Realitäten zu erkennen und anzuerkennen. Ich bin gespannt, ob Günther das Wählervotum als Vorschusslorbeer begreift oder sich für unangreifbar hält. Der Bund der Steuerzahler wird peinlich genau darauf achten, ob wenigstens das Bekenntnis zur Schuldenbremse ernst gemeint ist. Klar ist: Wenn diese Hürde gerissen wird, sind wir zur Stelle und werden mit der nötigen Hartnäckigkeit den Amtsinhaber an sein Versprechen erinnern.

Dr. Aloys Altmann
Präsident BdSt Schleswig-Holstein

34,5 Milliarden Euro

Landesschulden auf Rekordhöhe – Zinsen steigen

Der hohe Schuldenstand und die kommenden Pensionslasten sind der größte Sprengsatz für den Landeshaushalt von Schleswig-Holstein. Wenn hier von der neuen Landesregierung nicht schnellstmöglich gegengesteuert wird, sind die Handlungsspielräume für die künftigen Generationen gefährdet.

Nach den Berechnungen des Landesrechnungshofes beträgt die Gesamtverschuldung des Landes derzeit 34,5 Milliarden Euro. Mit 10.700 Euro pro Kopf liegt die Verschuldung von Schleswig-Holstein doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Nur das Saarland weist eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung auf. Auch wenn man die Schulden mit dem Bruttoinlandsprodukt vergleicht, liegt die Schuldenquote Schleswig-Holsteins deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer. Hier ist neben dem Saarland nur Sachsen-Anhalt mit seiner geringen Wirtschaftskraft noch schlechter.

Trotz dieser hohen Verschuldung und einer Steuerschätzung für 2022, die noch höhere Einnahmen erwartet als vor der Corona-Krise vorhergesagt, hat sich Schleswig-Holstein als einziges Bundesland einen Notkredit für die Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge in Höhe von bis zu 400 Millionen Euro bewilligt! Zu befürchten ist, dass in Zukunft mit weiteren Buchungstricks versucht wird, die Lücke zwischen Realität und Wunschvorstellung zu schließen.

In den letzten Jahren führte die hohe Verschuldung kaum zu Einschränkungen in der Leistungsfähigkeit des Landes. Denn die Zinsausgaben fielen mit zwei Prozent der Ausgaben bzw. 330 Millionen Euro kaum ins Gewicht. Im Durchschnitt zahlt das Land für seine Schulden nur rund ein Prozent Zinsen pro Jahr. Doch dieses könnte sich vor dem Hintergrund der beginnenden Inflation schnell ändern: Für Neuabschlüsse und Umschuldungen werden aktuell schon

wieder Zinssätze von zwei Prozent pro Jahr fällig. Jeder zusätzliche Prozentpunkt bei der Durchschnittsverzinsung belasten den Landeshaushalt mit fast 350 Millionen Euro pro Jahr: Noch vor zehn Jahren lag die Durchschnittsverzinsung bei nahezu vier Prozent. Kämen wir dort wieder hin, müsste also rund 1 Milliarde Euro mehr im Jahr nur für Zinsen bezahlt werden. Geld, das an anderer Stelle dann fehlt.

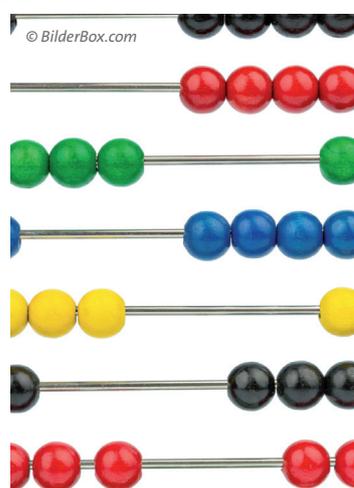
Große Sorgen muss sich die Landesregierung auch wegen der Entwicklung der Pensionslasten machen. In den nächsten

zehn Jahren wird fast ein Drittel der Lehrkräfte, Polizisten und anderen Beamten in den Ruhestand gehen. Aktuell beträgt die Pensionslast im Landeshaushalt knapp 1,4 Milliarden Euro. Sie wird bis 2031 auf mehr als 2 Milliarden Euro jährlich steigen und eine echte, weil kostendeckende Vorsorge gibt es nicht.

Hinzu kommen noch weitere geschätzte 100 Millionen Euro pro Jahr für die Krankheitskosten der pensionierten Beamten. Angesichts dieser Entwicklung wirkt der Versorgungsfonds, der insgesamt bis 2031 nur auf 1,7 Milliarden Euro steigen wird, wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Er kann den massiven Anstieg nur milde dämpfen, nicht aber stoppen. Die Landesregierung wird in den kommenden Jahren mit dem Problem umgehen müssen.

Bei einer realistischen Betrachtung der tatsächlichen Finanzverhältnisse von Schleswig-Holstein muss also der Schulden- und Personalabbau im öffentlichen Dienst höchste Priorität für jede Landesregierung haben. Anders wird das Land nicht durch die kommenden Jahre kommen, auch wenn dies Opfer verlangt oder das Abrücken von Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de



Aus für die BUGA

Umstrittene Warnowbrücke soll trotzdem realisiert werden

Die Bundesgartenschau in Rostock ist nun endgültig Geschichte und zwar noch bevor sie 2025 überhaupt begonnen hat. Bürgermeister Claus Ruhe Madsen gab seine Beschlussempfehlung an die Verwaltung bekannt, auf eine Durchführung der Bundesgartenschau (BUGA) zu verzichten, auch eine Verschiebung sei keine Option.

Darüber hatte er schon am Tag zuvor auch den Landwirtschaftsminister Till Backhaus informiert. Dieser Vorgang ist in der Geschichte der Bundesgartenschauen bisher einmalig. Innerhalb der vergangenen 70 Jahre kam es nicht ein einziges Mal zu einer Absage der, auch aufgrund ihrer stadtentwickelnden Komponente, so beliebten Leistungsschau. Dem vorangegangen war zuletzt ein nahezu unwürdiges Geschacher um die Frage der Schuld an dem Dilemma. Der Oberbürgermeister nahm das Land in die Pflicht, das sah die Stadt Rostock in der Verantwortung.



Die traditionsreiche Hanse Sail wird der einzige Besuchermagnet von Rostock bleiben.
© Thomas Wolter / Pixabay

Einige Projekte sollen und wollen die Hansestadt und das Land auch ohne BUGA weiterverfolgen. Darunter ist auch die, durch den BdSt MV heftig kritisierte, Warnowbrücke. Einst mit Kosten von rund 36,6 Millionen Euro geschätzt, betragen die veranschlagten Kosten mittlerweile knapp 45 Millionen Euro. Der Eigenanteil von Rostock beträgt rund neun Millionen Euro. Eine Investition in die Radinfrastruktur, sagen die einen. Geld, das vor allem der Radinfrastruktur fehlen wird, sagt der BdSt MV. Die Brücke verkürzt den bestehenden touristischen Radfernweg Berlin-Kopenhagen lediglich um etwa 1.000 Meter. Vielmehr fehlt es in Rostock jedoch an einer Infrastruktur für den Fahrradalltag. Radfah-

rende beschwerten sich unter anderem über zu wenig baulich getrennte Radwege und ein noch immer fehlendes Radverkehrskonzept für die Hansestadt. Laut einer Umfrage ist das Unsicherheitsgefühl von Radfahrern und Radfahrerinnen in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Fühlten sich 2021 rund 30 Prozent aller Radnutzenden im Straßenverkehr sicher, waren es fünf Jahre zuvor 40 Prozent. „Mit der Verwirklichung der Warnowbrücke droht auch weiterhin eine Verschwendung von Steuermitteln“, erklärt daher die stellvertretende Landesvorsitzende Diana Behr. Sie bezweifelt zudem eine effiziente Bauabwicklung.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Ostsee-Stadion „wankt“

Der Deal um das Ostseestadion, traditionsreiche Spielstätte des FC Hansa, ist ins Wanken geraten. Das Land hat angekündigt, nicht die Sanierungskosten übernehmen zu wollen. Damit scheint der Kauf des Stadions durch die Hansestadt nicht durchführbar zu sein, denn schließlich war dies eine Bedingung seitens der Bürgerschaft. Darüber berichtete die Ostsee-Zeitung Anfang Juni. Mit 14 Millionen Euro hatte Hansa die Höhe der anstehenden Sanierungskosten beziffert. Eingeweihte schätzen dagegen den Bedarf auf etwa 38 Millionen Euro. Das Land zieht nicht mehr mit: Nicht erst mit der Krise durch den Krieg in der Ukraine muss Mecklenburg-Vorpommern den Gürtel in Zukunft deutlich enger schnallen.

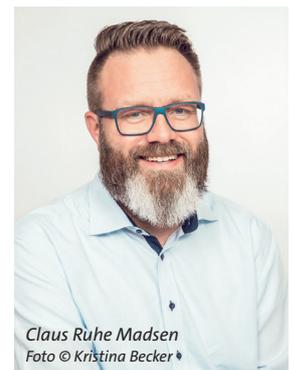
Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Der Kaiser ist nackt! Das BUGA-Debakel glossiert

Was für ein Ritt! Von der Nominierung zum „World Mayor 2021“ bis zu Rücktrittsfordernungen nur ein Jahr später. Claus Ruhe Madsen, der während der Corona-Pandemie in vielen Talk-Shows von dem „Sonderweg“ Rostocks in der Pandemiebekämpfung sprach, nur um kurz darauf festzustellen, dass das Virus auch um Rostock keinen Bogen macht (auf Letzteren hat die Banane um die DDR den alleinigen Anspruch), ist jetzt hart auf dem Boden der Tatsachen gelandet. Die BUGA ist abgesagt, Corona läuft noch, das Ostsee-Stadion wird wohl nicht gekauft und das geplante Volkstheater wird viel teurer als geplant (Hört! Hört!). Von den versprochenen Fahrradschnellwegen fehlt bisher (auch im Wortsinn) jede Spur. Und auch sonst läuft es nicht gut für die Hansestadt. Werftenpleite, Nordex-Weggang, Krisen brauchen Management.

„Der Kaiser ist nackt!“, möchte man meinen. Doch weit gefehlt! Denn auch nackte Kaiser haben

Freunde. Einer davon ist der alte und neue Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in Schleswig-Holstein. Schon lange war darüber spekuliert worden, ob Claus Ruhe Madsen „rüber macht“. Nun ist es so weit. Der Däne wechselt als Wirtschaftsminister nach Kiel. Er geht nicht unbeschadet in dieses Amt. In der Hansestadt bemüht man sich um Schadensbegrenzung. Ein endgültiger Kassensturz, was die Absage der BUGA die Stadt kostet, steht noch aus.



Claus Ruhe Madsen
Foto © Kristina Becker

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Land schiebt auf statt anzupacken

Etatentwicklung ist bedrohlich

Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit ist der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern zu verschiedenen Themen immer wieder ein gefragter Gesprächspartner. Zuletzt haben wir die erwartete Entwicklung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren genauer unter die Lupe genommen.

Die vorgelegte mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 zeichnet ein düsteres Bild. Die Probleme sind allerdings schon seit Jahren bekannt, wie ein Blick in die mittelfristigen Finanzplanungen der vergangenen Jahre zeigt. Die Fehler der Vergangenheit rächen sich nun. Statt die Ausgaben wieder abzubremsen und zu tilgen, werden seit Jahren (auch schon vor der Corona-Krise) Rekordhaushalte aufgestellt. Dank der sprudelnden Einnahmen lautete das Motto der Landesregierungen daher wohl: Aufschieben statt anpacken.

Es wird deutlich, dass sowohl diese als auch kommende Landesregierungen kaum noch finanzpolitischen Handlungsspielraum zur Gestaltung der Politik haben werden. Die Zukunft des Landes wird von der Frage geprägt sein, wie die aufgenommenen Schulden getilgt und Pflichtaufgaben erfüllt werden können.

Jetzt, in so unsicheren Zeiten mit derart vielen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Entwicklung auf der Einnahmenseite aber auch der Zinsentwicklung, muss eine solide Haushaltspolitik neu entwickelt werden. Es müssen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die finanzielle Stabilität des Landes wiederherzustellen.

Gefragt war auch unsere Meinung zur Weiterentwicklung der Kameralistik zur Einbindung einer Generationenbilanzierung. Im Sinne einer nachhaltigen, generationengerechten Haushaltsführung, der Entwicklung in unseren Nachbarstaaten und des ursprünglichen Ansinnens des Haushaltsgrundmodernisierungsgesetzes (HGGrMoG), ist eine perspektivische Hinwendung zur Doppik auf Landesebene aus Sicht des BdSt M-V alternativlos. Politisch betrachtet geht damit die Verpflichtung einher, mit Weitsicht zu handeln und nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit die Schuldenbremse weiterzuentwickeln. Gleichzeitig merkt der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern an, dass die mit der Einführung der Doppik verbundenen Kosten, die durchaus im dreistelligen Millionenbereich liegen können, aufgrund der wenig nachhaltigen bzw. weitestgehend strategielosen Politik der Landesregierung mittelfristig durch den Landeshaushalt nicht abgedeckt sind.



Landkreis braucht neue Arbeitsräume

Neubau reicht nicht mehr aus

Der Landkreis Nordwestmecklenburg plant einen Erweiterungsbau der Kreisverwaltung. Kostenpunkt heute: 15 Millionen Euro. Nach einer Erweiterung des Stellenplans um knapp 55 Vollzeitstellen ist klar, dass für diese neuen Mitarbeitenden keine Arbeitsräume vorhanden sind.

Doch nicht nur die künftigen Beschäftigten stehen ohne Büros da. Auch 37 weitere Verwaltungsangestellte sind ohne kreiseigene Arbeitsplätze und das, obwohl bereits 2016 ein neues Verwaltungsgebäude gebaut wurde. Für sie wurden in der Vergangenheit Büros angemietet. Zum jetzigen Zeitpunkt wirft der Planungsstand für den Erweiterungsbau jedoch mehr Fragen auf als er beantwortet. So geht es in der Beschlussvorlage (335/65/2022) des Landrates eigentlich um 92 Arbeitsplätze, die geschaffen werden müssen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man nur mit dem jetzigen Bedarf planen könne.

In derselben Vorlage ist im Variantenvergleich bei dem favorisierten Erweiterungsbau dann von einem absehbaren Bedarf von 103 Plätzen die Rede und davon, dass dort insgesamt 114 Büroarbeitsplätze geschaffen werden können, was wiederum dem widerspricht, was in derselben Vorlage nur wenige Absätze zuvor formuliert wird: „durch die modernen und innovativen Arbeitsplatzstrukturen sollen zukünftige Mehrbedarfe an Arbeitsplätzen nicht in neuen Büroflächen ihren Niederschlag finden, sondern durch neue Konzepte und Ansätze aufgefangen werden“. Wie diese aussehen sollen, dazu wird ein Gutachten (Innovationspapier) in Aussicht gestellt. Dabei sollte doch klar sein, ob der Landkreis sich etwa mit dauerhaften Homeoffice-Lösungen als moderner Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst positionieren will.

Was vollständig fehlt, ist eine Betrachtung aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. So wurde etwa die räumliche Nähe von Teilen der Verwaltung zum Jobcenter durch die Anmietung von Räumlichkeiten dort auch als positiv für beide Seiten beschrieben. Der Landkreis Nordwestmecklenburg erstreckt sich über eine große Fläche. Es ist daher durchaus wichtig und richtig zu überlegen, ob eine Zentralisierung dem Dienstleistungsgedanken hinreichend gerecht wird. Ebenfalls unklar bleibt die Finanzierungsfrage eines möglichen Neubaus. Es liegt noch keine Prüfung zu Fördermitteln vor, ob die Kreditfinanzierung dem heutigen Stand am Kapitalmarkt entspricht, bleibt offen. Mit Blick auf den Neubau aus dem Jahr 2016 und den damit schon heute fehlenden knapp 40 Büroarbeitsplätzen regt der BdSt M-V an, Alternativen zu prüfen und die Finanzierung auf sichere Beine zu stellen, bevor aufgrund von Versäumnissen später teuer nachfinanziert werden muss.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Grundsteuer: Hamburg ist Spitzenreiter

Wohnkosten in der Metropole liegen auch deshalb weit über dem Bundesdurchschnitt

Die hohen Wohnkosten empfinden die Bürger zunehmend als Belastung. Ein wesentlicher Kostentreiber ist auch der Staat, der durch Steuern und Abgaben wie die Grundsteuer das Wohnen, aber auch die Schaffung von neuem Wohnraum verteuert.

Der Bund der Steuerzahler (BdSt) hat bei allen Bundesländern genau hingeschaut und die Wohnnebenkosten (Wasserentgelte, Schmutzwasser-, Niederschlagswasser- und Abfallgebühren, Rundfunkbeitrag sowie Grundsteuer B) verglichen. Das Ergebnis ist vor allem für Hamburg im Bereich der Grundsteuer alarmierend: Hamburg liegt – wie schon vor einem Jahr – an der Spitze (1.050,46 Euro). Und verlangt damit fast doppelt so hohe Steuern wie Düsseldorf (571,74 Euro). Der Durchschnitt liegt bei 568,71 Euro. Am günstigsten ist die Grundsteuer in der sachsen-anhaltinischen Landeshauptstadt Magdeburg (296,11 Euro). Der Berechnung liegt ein Einfamilienhaus (Baujahr 2016, 120 qm Wohnfläche und 300 qm Grundstücksfläche) zugrunde.

BdSt Hamburg-Vorsitzende Petra Ackmann reagiert deutlich: „Es ist nicht hinnehmbar, dass das Wohnen in Hamburg inzwischen nahezu unbezahlbar ist. Nicht nur hohe Mieten, auch hohe Wohnnebenkosten sind unsozial.“ Ackmann erneuert ihren Appell



an Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), seinen politischen Gestaltungsspielraum aktiv für eine Veränderung zu nutzen und dafür die beschlossene Grundsteuerreform zu nehmen, um mit einer deutlichen Senkung der Grundsteuer für eine spürbare Steuererleichterung zu sorgen. Bisher lautet das Versprechen von Senator Dressel, dass sich das Volumen, das Hamburg aus der Grundsteuer einnimmt, insgesamt durch die Reform nicht erhöht. Es wird aber aufgrund der Neubewertung der Grundstücke zu Verschiebungen kommen. Petra Ackmann: „Am Ende trifft es vor allem diejenigen, die ohnehin wenig haben.“

Die Grundsteuer hat 2020 Hamburg einen Ertrag von 480 Millionen Euro gebracht. Geld, das Mieter und Eigentümer, auch Unternehmer Jahr für Jahr zahlen. Für was eigentlich? Für die Nutzung der Fläche? Für die Bereitstellung von Infrastruktur? Oder nur, weil es Grundsteuer immer schon gab. Über den Länderfinanzausgleich wird ohnehin pro Einwohner ein „Kopfgeld“ angerechnet. Das heißt, jeder Einwohner bringt der Stadt Hamburg als Bundesland finanziell einen Vorteil. Fakt ist: Wohnen ist ein Menschenrecht, sollte möglichst kostengünstig sein. Davon ist Hamburg weit entfernt, liegt hinter Berlin bei den Wohnnebenkosten insgesamt betrachtet auf Platz 2. Die Politik sollte zumindest rudimentär erklären können, welcher Zusammenhang zwischen Besteuerungsgrundlage und Steuerverwendung liegt. Gerade wenn man aufwendige Berechnungsmethoden anwendet und diese unterschiedlichen Methoden alle irgendwie „gerechter“ sein sollen, müsste man schon erklären können, was genau in diesem Zusammenhang „gerecht“ ist. Für den BdSt Hamburg reicht es für „gerecht“ nicht, wenn hinterher genauso viel Geld für den Staat rauskommt wie vorher, nur anders verteilt.

Sascha Mummenhoff
Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

Jedes Senatsmitglied sollte ein „Sparsenator“ sein

Petra Ackmann, Landesvorsitzende des BdSt Hamburg, appellierte zum Start der Haushaltsberatungen 2023/24 an den Senat, „mit Augenmaß zu sparen, statt Steuergeld zu vergeuden!“ Konkret forderte Ackmann, die Ausgaben für Beraterhonorare in allen Bereichen auf ein Minimum zu reduzieren. „Außerdem ist es höchste Zeit, dass der rot-grüne Senat sich von Unternehmen trennt, die weder strategische Relevanz haben noch der Daseinsvorsorge dienen.“ Zudem dürfe es keinen weiteren Personalzuwachs geben. „Ausdrücklich ausgenommen sind Stellen im Bereich Schule, Polizei und Feuerwehr“, sagte sie. Der Senat nutze die Corona-Krise, „um weiterhin großzügig mit Steuergeld um-

zugehen, statt mit Augenmaß zu sparen“, kritisierte Ackmann. Sie ist unzufrieden mit einem Senatsbeschluss über 8 Millionen Euro für die Kultur- und Tourismusbranche. Mit der höchsten Fördersumme von 3,3 Millionen Euro sollen beispielsweise Veranstalter dabei unterstützt werden, Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel zu realisieren. 2,35 Millionen Euro entfallen auf das touristische Marketing der Hamburg Tourismus GmbH (HHT).

„Es ist eine gute Nachricht, dass nicht alle bereitgestellten Corona-Hilfen durch die Hamburger Unternehmen abgerufen werden mussten“, so Ackmann. „Wenn nun aber Geld aus den Corona-Hilfs-Töpfen üb-

rig ist, muss nicht nach dem Gießkannen-Prinzip versucht werden, den letzten Rest auszugeben.“ Die Mittel könnten auch zur Schuldentilgung genutzt werden. Das Motto: „Viel hilft viel“ ist hier ungeeignet, um die Stadt, ihre Bürger und gebeutelte Unternehmen durch die Corona-Krise zu führen.“

Für die beschriebenen Maßnahmen wurde bereits 2012 die Kultur- und Tourismussteuer (Bettensteuer) eingeführt. Tourismus, Sport und Kultur müssen aus den dafür gedachten Töpfen finanziert werden. „Es ist nicht die Zeit für die Finanzierung von ausgesuchten Einzelmaßnahmen.“

Sascha Mummenhoff
Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

Kampfsportexperte wirbt für Vorbeugung

Geballte Schlagkraft: Von Mitgliedern für Mitglieder



Gemeinsam stark: Petra Ackmann, Vorsitzende des Bund der Steuerzahler Hamburg, stand Kampfschulleiter Tim Otte beim Thema Corona-Hilfen zur Seite.

„Vorbeugen ist das Beste, was man tun kann“, lautet das Motto von Kampfsport-Experte Tim Otte. Bei Selbstverteidigung denken Otte zufolge die meisten Menschen an aufwendig antrainierte, körperliche Fähigkeiten, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu gewinnen. „Effektive Selbstverteidigung für den Alltag hat weniger mit intensivem Training zu tun. Es geht vielmehr darum, Gefahrensituationen im Vorfeld zu erkennen und zu umgehen. Der Einsatz körperlicher Gewalt sollte immer das letzte Mittel sein“, sagt Otte, der etliche Turniere auf nationaler und internationaler Ebene gewann. „Als Jugendlicher war ich wie viele Kampfsportfans inspiriert von der Kung-Fu-Kampfkunst aus Film und Fernsehen“, erinnert sich Otte. „Die Kampfkunst wird häufig, gerade wenn sie dem asiatischen Raum entspringt, als Lebensphilosophie angesehen. Die eigentlichen Kampftechniken sind dabei oft eher der Weg zum Ziel und nicht vordergründig.“

Seit 1998 leitet Tim Otte die Wan Fu-Schule für Kung-Fu und Selbstverteidigung (www.wanfu.de) im Stadtteil Hamburg-Rotherbaum und gibt selbst Kurse. Otte ist Mit-

glied und Trainer der Vollkontakt-Nationalmannschaft des Traditionellen Kung-Fu-Verbands, verfasst Artikel für Fachzeitschriften, hat sogar ein Buch zu dem Thema geschrieben. Titel: „Stopp – Gefahrensituationen erkennen und effektiv handeln“. Außerdem unterstützt der engagierte Trainer die Opferhilfe: „Ich mache seit 20 Jahren Opfercoaching zusammen mit einer Psychotherapeutin in Einzelunterrichtsstunden und für verschiedene Vereine.“ Wichtig ist Otte dabei, dass Betroffene, die körperliche Gewalt erlebt haben, ihr Selbstwertgefühl zurückerhalten. Aus diesem Grund bietet seine Schule auch Kurse für Kinder an. Dabei ist dem Kampfsportler wichtig, dass schon die Kleinsten das richtige Verhalten bei Auseinandersetzungen mit Gleichaltrigen lernen und Schutzmaßnahmen gegen Übergriffe von Fremden erwerben. Bei asiatischen Kampfsportarten geht es laut Otte also nicht in erster

Linie um den Sieg, sondern um Achtung vor dem Gegner. Wer Selbstverteidigung lernt, entwickelt physische und mentale Kraft, um seinen Geist zu kontrollieren und mehr Selbstkontrolle zu entwickeln. Psychologen betonen daher immer wieder, dass Kampfsport eine gute Vorbereitung für das Leben ist.

Seinen Kampfgeist bewies der Trainer auch im Umgang mit den Corona-Hilfen: „Ich habe sogar an den Hamburger Senat geschrieben, um darzulegen, wie katastrophal sich die Corona-Situation auf kleine Sportschulen wie meine auswirkt.“ Otte fehlen Neumitglieder. „Das Problem für uns Sportschulen ist, dass wir trotz Fördergelder mindestens zwei Jahre brauchen, bis wir wieder auf dem alten Stand sind.“ Etliche kleine Sport- und Yogaschulen sind in dieser Zeit bankrott gegangen „Aus diesem Grund finde ich es wichtig, dass es einen Verein wie den Bund der Steuerzahler gibt, der nicht nur Verschwendung anprangert, sondern auch gleichzeitig seinen Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite steht“, betont Otte. Die Überbrückungshilfen sollten Firmen eigentlich durch die Corona-Krise bringen.

Von Mitgliedern für Mitglieder!

„Die Gespräche mit unserem Mitglied Tim Otte haben uns dazu bewogen, eine neue Aktion ins Leben zu rufen“, sagt Hamburgs BdSt-Vorsitzende Petra Ackmann. Sie war es auch, die Otte mit Rat und Tat zur Seite stand. Der Hamburger Steuerzahlerbund möchte künftig seinen Mitgliedern die Möglichkeit bieten, anderen Mitgliedern Produkte oder Dienstleistungen zu besonderen Konditionen anzubieten. „Wir glauben fest daran, dass wir uns als Verein gegenseitig unterstützen können“, so Ackmann. Tim Otte bildet quasi den Auftakt dieser neuen Aktion. Wer ebenfalls Veranstaltungen, Seminare, Kurse oder weitere Dienstleistungen für die BdSt-Mitglieder anbieten möchte, kann sich jederzeit an Geschäftsführer Sascha Mummenhoff wenden. Entweder telefonisch unter 040 - 33 06 63 oder per E-Mail an mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

Nun gibt es reihenweise Rückzahlungsforderungen. Bund und Länder hätten mehrmals einfach die Regeln geändert, klagt Otte. Innerhalb von zwei Wochen sollte Otte seine Corona-Hilfe zurückzahlen „Zum Glück haben mir zahlreiche Mitglieder die Treue gehalten und ihre Mitgliedschaft nicht gleich gekündigt. Auch, dass der BdSt mir zur Seite stand, hat mir durch diese schwere Zeit geholfen.“

Angela Sundermann

sundermann@steuerzahler-hamburg.de

Tim Otte bietet den Hamburger BdSt-Mitgliedern exklusiv am Samstag und Sonntag, 3. und 4. September 2022, die Möglichkeit, an einem zweitägigen Selbstverteidigungsseminar teilzunehmen. Statt der sonst üblichen 180 Euro nimmt Otte nur 120 Euro pro Person. Die Teilnahme ist erst ab 18 Jahren möglich. Es stehen maximal 30 Plätze zur Verfügung. Anmeldungen sind per E-Mail (mail@steuerzahler-hamburg.de) oder telefonisch (unter 040-330663) möglich. Der Kursus findet statt in der Wan Fu-Schule (Grindelallee 163, 20146 Hamburg).

Blick durch den Norden



Derzeit hat der Norden etwas zu bieten, was in der Krise besonders gefragt ist: Wind. Der Ukrainekrieg der Russen macht den Ausbau

erneuerbarer Energien noch wichtiger und eiliger, als es zuvor schon beschworen worden war. Hoffentlich kommt es hier zum Schulterschluss der Politiker.

In der Vergangenheit mussten sich die politischen Akteure häufig den Vorwurf anhören, sie reagierten spät und zuweilen auch falsch auf die aktuellen Herausforderungen. Dass auch die Wirtschaft da so ihre Probleme hat, macht das inzwischen alltägliche Chaos auf vielen Flughäfen deutlich. Als sei die Reisendenwelle völlig überraschend gekommen, haben sich in den vergangenen Wochen viele Urlauber die Beine in den Bauch gestanden in zuweilen endlos erscheinenden Schlangen.

Tatsächlich war die Reisewelle absehbar und die Touristikbranche hat sich gründlich blamiert mit Ausreden und hektischen Streichungen von Flügen. Außer dem hilflosen Hinweis, die Fluggäste möchten doch bitte früh kommen und Geduld mitbringen, kam wenig bis nichts von den Managern, die die Nerven ihrer Kunden strapazierten.

Peter Grube †



Wir trauern um Peter Grube (Foto), der nach schwerer Krankheit im 85. Lebensjahr eingeschlafen ist. Seit 1978 war er zunächst als

selbstständiger Kaufmann, danach als leitender Angestellter in einem Feinkostgeschäft aktives Mitglied unseres Verbandes. Er hat sich stets engagiert für den Bund der Steuerzahler eingesetzt. Sein besonderes Interesse galt der Mitgliederwerbung. Bei vielen Veranstaltungen, Messen und Verbraucherausstellungen hat er ehrenamtlich unterstützt und in seiner unnachahmlichen Art gezeigt, wie man Menschen für den Bund der Steuerzahler begeistern kann. Besonders in Erinnerung bleibt uns sein augenzwinkernder Humor und sein Optimismus, auch in schwierigen Lagen. Für ihn war das sprichwörtliche Glas immer halb voll. Für sein Engagement hat ihn der Landesverband Schleswig-Holstein mit der höchsten Auszeichnung, dem goldenen Ehrenzeichen, gewürdigt. Wir sagen ein letztes Mal danke und behalten Peter Grube in bester Erinnerung.

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 51. Jahrg., 7+8/2022

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Ratgeber: Senioren und Steuern



Mittlerweile unterliegen auch die Renten der Besteuerung. Allerdings gibt es für Senioren eine ganze Reihe von Sonderregelungen und Vergünstigungen, die zusammen mit den Freibeträgen dazu führen, dass in vielen Fällen keine Einkommensteuer gezahlt werden muss. In der Broschüre „Senioren und Steuern“ wird die Besteuerung der Alterseinkünfte ausführlich erläutert. Außerdem werden die Grundzüge der Erbschaft- und Schenkungsteuer dargestellt. Die rund 100 Seiten starke Broschüre kann für 3,50 Euro bezogen werden beim

NORD-KURIER
Verlag und Werbe GmbH
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel
Tel. 04 31/99 01 65-0
Fax 04 31/99 01 65-11
Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Mit der Broschüre erhalten Sie eine Rechnung.